

Sitzung: 23. Juni 2009

Sch/ek

Art. Nr. 2009-0103

(GR.09.101-1) Einführungsgesetz zum Arbeitsrecht (EG ArR); 1. Beratung; Eintreten und Beginn der Detailberatung

Der Rat behandelt die regierungsrätliche Vorlage vom 25. März 2009 samt den abweichenden Anträgen vom 8. Mai 2009 der Kommission für Volkswirtschaft und Abgaben (VWA), denen der Regierungsrat teilweise zustimmt.

Namens der Kommission VWA referiert deren Präsidentin, Andrea Moll, Sins.

Die Kommission beantragt Eintreten und Beschlussfassung gemäss ihren Anträgen.

Eintreten

Stillschweigend treten die Fraktionen der GLP und der GP auf die Vorlage ein.

Für die übrigen Fraktionen referieren: Martin Bhend, Oftringen, EVP, Kurt Emmenegger, Baden, SP, Dr. Robert Rhiner, Zofingen, FDP.

Für den Regierungsrat nimmt Innendirektor Dr. Urs Hofmann Stellung.

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Titel und Ingress, I., §§ 1– 6
Zustimmung

§ 7

Die Kommission VWA beantragt, den ersten Satz in § 7 wie folgt zu formulieren: "Der Regierungsrat bezeichnet *für jedes Jahr* zwei Sonntage, an denen Arbeitnehmende in Verkaufsgeschäften bewilligungsfrei beschäftigt werden dürfen." – Der Regierungsrat stimmt zu.

Matthias Jauslin, Wohlen, stellt den Antrag: "Die Kompetenz zur Festlegung der vier Sonntage pro Jahr, an denen Arbeitnehmende in Verkaufsgeschäften bewilligungsfrei beschäftigt werden dürfen, liegt beim Gemeinderat des jeweiligen Gemeindegebietes."

Martin Bhend, Oftringen, stellt den Antrag Satz 2 von § 7 zu streichen.

Jean-Pierre Gallati, Wohlen, stellt den Antrag, den bisherigen Satz 2 zu streichen und diesen neu wie folgt zu formulieren: "Auf Gesuch hin legt der Gemeinderat für das jeweilige Gemeindegebiet zwei weitere Sonntage fest."

An der folgenden Diskussion beteiligen sich Kurt Emmenegger, Baden, und Samuel Schmid, Biberstein.

(An dieser Stelle unterbricht der Vorsitzende die Beratungen und schliesst die Sitzung zur

Versand:

Mittagspause.)

Protokollauszug

- Departement Volkswirtschaft und Inneres
- Staatskanzlei (Publikation Ergebnis der 1. Beratung)
- Parlamentsdienst

Präsident

Ratssekretär